

Basta!

Nr. 1 / Februar 2010

Basels starke Alternative

Multitionen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Nein zum Rentenklau!

Basta! sagt gemeinsam mit den Gewerkschaften Nein zum Rentenklau. Um weitere Angriffe auf die Renten der ArbeitnehmerInnen zu verhindern, braucht es aber noch zusätzliche Massnahmen. Die Pensionskassen dürfen nicht mehr als Profitanstalten für AktionärInnen missbraucht werden.



Am 7. März können die StimmbürgerInnen über die Revision des Gesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG-Revision) abstimmen. Konkret geht es um die Senkung des Umwandlungssatzes, das ist der Prozentsatz, der für die Umrechnung des Alterskapitals in eine jährliche Altersrente benützt wird. Ursprünglich belief sich der Umwandlungssatz auf 7,2%, im Jahr 2003 beschloss das Parlament, unter anderem mit der heute wieder angeführten Begründung der höheren Lebenserwartung, eine schrittweise Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,8 Prozent bis ins Jahr 2014. Bevor dieser Beschluss vollständig umgesetzt ist, wurde nun eine weitere Senkung auf 6,4 Prozent beschlossen. Dagegen haben Gewerkschaften, linke Parteien und die Konsumentenpresse erfolgreich das Referendum ergriffen.

Die Senkung des Umwandlungssatzes wird zu Recht als Rentenklau bezeichnet. Die Versicherungen sind die treibenden Kräfte hinter dieser Rentensenkungsvorlage. Sie haben in den letzten Jahren vom Geschäft mit der 2. Säule enorm profitiert, denn sie verzinsen das BVG-Sparguthaben nur mit dem gesetzlichen Mindestzins. Nun wollen sie mit der Senkung des Umwandlungssatzes ihre Verluste aus der Börsenkrise wettmachen – einmal mehr

auf Kosten der Versicherten. Kein Wunder, dass die Versicherungen viel Geld in eine aggressive Abstimmungskampagne stecken – Geld, das eigentlich den Versicherten zu Gute kommen sollte!

Was den ArbeitnehmerInnen und zukünftigen RentnerInnen abgenommen wird, fliesst direkt in die Taschen der Aktionäre und in die Boni der Manager der grossen Versicherungskonzerne. Es ist nicht akzeptabel, dass den ArbeitnehmerInnen – insbesondere denjenigen, die nur über das Obligatorium der beruflichen Vorsorge verfügen, die Renten gekürzt werden, um die Fehlleistungen der Finanzkonzerne auszubügeln.

Die Einbusse bei den Renten der betroffenen Versicherten würden bei einer Annahme der Gesetzesrevision massiv sein. In der Schweizer Verfassung ist festgeschrieben, dass die AHV zusammen mit der Pensionskassenrente die Fortsetzung der gewohnten Lebensweise im Alter ermöglichen soll. Dieser Verfassungsgrund-

satz würde mit der Senkung des Umwandlungssatzes für zahlreiche RentnerInnen nicht mehr gelten. Heute lebt in der
Fortsetzung Seite 2

Kleinbasel braucht den Landhof

- als grüne Oase im Quartier
- als Spielwiese für Kinder
- als Sportplatz für alle

JA Am 7. März

DER LANDHOF BLEIBT GRÜN

Gegenvorschlag: Nein

www.landhof-basel.ch

Forschung am Menschen - eine umstrittene Abstimmungsvorlage

Am 7. März stimmen wir über einen Verfassungsartikel ab, der die Forschung am Menschen regeln soll. Die Vorlage ist sehr umstritten. Teile der SVP und der Basler Appell gegen Gentechnologie lehnen die Vorlage – wenn auch aus diametral entgegengesetzten Gründen – ab. Uns nahestehende Organisationen wie die Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (SGSG) hingegen befürworten den neuen Verfassungsartikel. BastA! hat sich von beiden Seiten informieren lassen und nach einer engagierten Diskussion einstimmig die Nein-Parole beschlossen.



Im Zentrum der Debatte steht die Bestimmung betreffend fremdnutzige Forschung an urteilsunfähigen Personen. In der Vorlage heisst es: „Mit urteilsunfähigen Personen darf ein Forschungsvorhaben nur durchgeführt werden, wenn gleichwertige Erkenntnisse nicht mit urteilsfähigen Personen gewonnen werden können. Lässt das Forschungsvorhaben keinen unmittelbaren Nutzen für die urteilsunfähigen Personen erwarten, so dürfen die Risiken und Belastungen nur minimal sein.“ Als urteilsunfähig gelten beispielsweise Kinder, an Alzheimer oder Demenz Erkrankte, geistig Behinderte, Menschen im Koma, Bewusstlose. Als „fremdnutzig“ bezeichnet man Forschung, die keinen unmittelbaren oder mittelbaren Nutzen für die betroffene Person bringt, also vor allem Grundlagenforschung. Unbestritten hingegen ist die angewandte Forschung, von der die betroffene Person einen

Nutzen erwarten kann.

Die SGSG begründet ihre Zustimmung damit, es brauche eine einheitliche Regelung, um Missbräuche zu verhindern. Denn fremdnutzige Forschung sei im Interesse einer qualitativ hochstehenden Medizin unverzichtbar, auch Forschung an urteilsunfähigen Personen. Der vorliegende Verfassungsartikel biete genügend Schutz. So müsse jedes Forschungsvorhaben an urteilsunfähigen Personen einer Ethik-Kommission vorgelegt werden.

Der Basler Appell hingegen argumentiert, die fremdnutzige Forschung an urteilsunfähigen Personen sei ethisch nicht vertretbar und verstosse gegen die Menschenrechte. Wenn sich eine Person für Grundlagenforschung zur Verfügung stelle, sei das eine Solidaritätsleistung an der Gesellschaft, die nur urteilsfähige Personen nach vorheriger Information über Art der Forschung und mögliche Risiken erbringen könne.

BastA! ist der Argumentation des Basler Appells gefolgt. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heisst es in der Europäi-

schen Menschenrechtskonvention, die explizit auch das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit festschreibt. Der jetzt zur Abstimmung gelangende Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen weicht dieses Grundrecht auf, indem er unter bestimmten Voraussetzungen fremdnutzige Forschung an urteilsunfähigen Personen zulässt. Gerade Letztere bedürfen aber eines besonderen Schutzes, sind sie doch nicht in der Lage, die Risiken eines Forschungsvorhabens einzuschätzen und sich gegen Übergriffe zu wehren. Unter diesen Umständen reicht es auch nicht, wenn Angehörige oder Vormundschaftsbehörden ihre Zustimmung geben und eine Ethikkommission das Forschungsvorhaben begutachtet. Wir haben heute dank der Menschenrechtskonvention eine klare und strenge Regelung. Kein Mensch darf Mittel zum Zweck werden. Wer diesen Grundsatz relativiert, betreibt ein gefährliches Spiel. BastA! hat deshalb einstimmig die Nein-Parole beschlossen.

Martin Flückiger

Rentenklau (Fortsetzung)

Schweiz einer von sieben Rentnern unter der Armutsgrenze. Eine weitere Senkung der Renten würde zu einer Zunahme der Altersarmut führen. Längerfristig würden auch die selbständigen Kassen, die jetzt meist Renten über dem gesetzlichen Minimum auszahlen, unter Druck geraten. Die Senkung des Umwandlungssatzes geht also alle etwas an.

Bei der Abstimmung vom 7. März steht für die ArbeitnehmerInnen viel auf dem Spiel. Es gibt keine nachvollziehbaren Gründe, die für eine erneute Senkung des Umwandlungssatzes sprechen, aber viele

vernünftige Gründe dagegen. Deshalb gibt es nur eine Antwort: Nein zur unzumutbaren Rentensenkung.

Längerfristig muss die Spirale der Gewinnmaximierung auf Kosten der Versicherten durchbrochen werden. Dies könnte zum Beispiel erreicht werden, indem eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, die die privaten Versicherungen zwingt, die Gewinne der Pensionskassen an die Versicherten weiter zu geben. Aber auch der aufgeblasene Verwaltungsapparat der privaten Versicherungen muss unter die Lupe genommen werden, denn es ist unannehmbar, dass die Versicherungen 1,3 Milliarden Franken für Verwaltungskosten aus der beruflichen Vorsorge abziehen.

Heidi Mück



Ja, der Landhof bleibt grün!

Abstimmung 7. März

Die Volksinitiative „Der Landhof bleibt grün“ will nicht nostalgisch ein altes Fussballgelände samt dazugehörigem Tribünengebäude bewahren, wie dies die Gegner der Initiative behaupten. Vielmehr geht es darum, einen einzigartigen öffentlichen Ort mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten im Interesse der Quartiersbevölkerung zu erhalten und weiter zu entwickeln. Auch nach einer Umzonung in die Grünzone sind bauliche Massnahmen zur Unterstützung der bestehenden und zur Erschliessung neuer Nutzungen möglich und wünschenswert.

Das Wettstein- und Rosentalquartier ist eines der am dichtesten besiedelten Gebiete des Kantons Basel-Stadt. In den letzten Jahren wurden hier immer wieder Grünflächen überbaut oder verkleinert. So gingen etwa durch den Bau des Tinguely-Museums in der Solitude Grünflächen verloren. Mitten in diesem dicht überbauten Quartier liegt hinter Häuserzeilen versteckt der Landhof. Das Areal ist weit mehr als bloss ein Stück Grünfläche. Gerade weil das Gebiet keiner klaren Nutzungsbestimmung untersteht, bietet es Raum für Kreativität und unterschiedlichste Aktivitäten.

Der Landhof lebt

Nach dem Auszug des FCB ins neue Stadion wurde der Landhof zu einem beliebten öffentlichen Treffpunkt für das ganze Quartier. Kindern und Jugendlichen, Familien und Senioren bietet er eine niederschwellige Möglichkeit für Bewegung, Kreativität und Abenteuer. Aber auch Musse und Begegnung kann man auf dem Landhof erleben. Für Grossgruppenspiele wie Alpenbaseball, Frisbee, Fussball, Unihockey, Volleyball, Faustball usw. eignet sich das Fussballfeld aus alten FCB-Zeiten hervorragend. Eine vergleichbare Grünfläche mitten im Quartier, zu Fuss wie mit dem Velo sehr gut erreichbar, gibt es im Oberen Kleinbasel sonst nirgends. Besonders für Schulen, Kindergärten, Tagesheime, Spielgruppen und Senioren ist es von grossem Vorteil, eine Grünfläche in kurzer Distanz zur Verfügung zu haben. Das Obere Kleinbasel braucht einen solchen Ort. Der Land-



Kinder toben sich aus: Bis zu 80 Kinder besuchen den Landhof an den betreuten Spielnachmittagen. (Foto: Dominik Labhardt)

hof trägt wesentlich zur Lebens- und Wohnqualität im Quartier bei.

Waghalsige Gegenargumente

Das gegnerische Komitee argumentiert teilweise mit äusserst waghalsigen Behauptungen. Es blieben ja immer noch 85% der Fläche grün, wird gesagt. Aber davon gelten 35% als privater Umschwung der Neubauten. Nur gerade 51% des Areals werden in die Grünzone eingeteilt. Und diese verbleibende Gründfläche grenzt direkt an die Neubausiedlung. Man kann

sich lebhaft vorstellen, was geschieht, wenn da 80 Kinder herumtoben, lachen und schreien. Konflikte mit den BewohnerInnen der Neubauten sind vorprogrammiert.

Auch wird argumentiert, die Neubauten nähmen nicht mehr Platz ein als jetzt schon mit dem Tribünengebäude überbaut sei. Das stimmt nur, wenn man die alten Stehrampen als überbautes Gelände betrachtet. Diese hat die Natur aber längst „zurückerober“t. Sie sind wild überwuchert und bieten den Kindern Möglichkeiten für Versteckspiel und Entdeckungsreisen. Rechnet man die Stehrampen nicht zum überbauten Gebiet, wird mit den Neubauten dreimal mehr Boden versiegelt, als das heute der Fall ist.

Ja zum Landhof

Im Kleinbasel wird heute an allen Ecken und Enden gebaut, so in der Erlentmatt, bald auch auf dem Schorenareal und auf dem Gebiet des ehemaligen Kinderspitals. Neue, familiengerechte Wohnungen entstehen. Das ist gut so. Doch um die Stadt für Familien attraktiv zu machen, braucht es auch Grünflächen und Freiräume, gerade im dicht bebauten oberen Kleinbasel. Der Landhof ist ein Ort der Begegnung und Bewegung für Jung und Alt. Gönnen wir dem oberen Kleinbasel seine lebendige, grüne Oase!

Martin Flückiger



Spektakulärer Auftakt zur Abstimmungskampagne: Über 500 Personen verfolgten am 6. Februar, das Fussballspiel FCB-Veteranen gegen den verstärkten FC Grossrat (Foto: Heinz Käppeli)

„Ich will nicht mehr schweigen – Der Islam, der Westen und die Menschenrechte“

Schwerpunktthema

Die Autorin dieses Ende 2009 erschienenen Buches¹, Dr. phil. Elham Manea, ist Politologin, Dozentin am Institut für politische Wissenschaften der Universität Zürich und Schriftstellerin. Sie engagiert sich u.a. im Forum für einen fortschrittlichen Islam und ist Erstunterzeichnerin der Charta für die Rechte der Frauen². Karin Haerberli stellte ihr einige Fragen.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurden Sie zur Muslimin, schreiben Sie zu Beginn Ihres Buches. Wie manifestiert sich dies? Wie hat sich Ihr Leben und Ihre Sicht dadurch geändert?

Indem man mich auf meine religiösen Überzeugungen reduziert und den Menschen in mir nicht sieht. Viele wissen zwar, dass ein Araber nicht viel zu tun hat mit einem chinesischen Muslim oder einem nigerianischen Muslim. Trotzdem wirft man uns in einen Topf und nennt uns „Die Muslime“. Dabei kommt niemandem in den Sinn, einen Argentinier, Franzosen, Philippino oder Engländer einfach „Christ“ zu nennen. Die kulturellen Unterschiede sind riesig. Diese Wahrnehmungsänderung hat mich gezwungen, die Frage zu stellen: Ist der Islam wirklich deine Religion? Die Antwort lautet: ja, aber nur, wenn dieser Islam reformiert und humanistisch ist.

Ihr Buch ist ein Plädoyer für eine grundlegende Reform des Islam, eines Islam ohne Denkverbote und Repressionen. Welches sind die Eckpunkte eines humanistischen Islam?

Die Botschaft eines humanistischen Islam setzt sich aus vier Komponenten zusammen: Die erste betrifft das Thema Identität. Die „islamische Identität“ ist der Kern der Botschaft der Islamisten: „Wir sind in erster Linie Muslime.“ Manche Jugendliche, die in Europa und in den arabischen Gesellschaften leben und aus verschiedenen

Gründen desorientiert sind, finden Trost in einer solchen Identität. Ich nenne sie die „Weglauf-Identität“. Im Gegensatz dazu schlage ich eine „humanistische Identität“ vor, die die spirituelle Dimension betont, aber sich gegen Scharia-Bestimmungen wendet. Gemäss dieser Auffassung ist Religion keine Identität, sondern eine Wahl, wie man sein spirituelles Leben gestaltet. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass die Debatte über die Identität nicht bloss philosophischer Natur ist. Die Identität hat

immer ganz praktische Auswirkungen auf das tägliche Leben.

Die zweite, dritte und vierte Komponente des humanistischen Islam bieten mehr als nur eine Alternative zu den Anschauungen der Islamisten. Bei ihnen geht es um die Kernthemen der islamischen Religion, die im Laufe der islamischen Geschichte aus verschiedenen Gründen ausser Acht gelassen wurden: Die zweite Komponente stellt klar, für welche Art Religion ich mich entscheide: für eine, die auf den Grundsätzen von Wahlfreiheit und Rationalität beruht.

Die dritte Komponente betrifft mein Recht als Mensch, der den Islam als seine Religion betrachtet, mich mit den „verbotenen Bereichen des Denkens“ zu beschäftigen. Über die menschliche und historische Natur religiöser Schriften zu sprechen, ist beispielsweise ein solcher verbotener Denkbereich. Die Tatsache, dass ich diese Bereiche ‚betrete‘, schliesst mich nicht von meinem islamischen Glauben aus. In meinem Buch vertrete ich die Meinung, dass der Koran Menschenwerk ist. Selbst dann, wenn ich das Wesen des Korans in Frage stelle, bin ich noch immer Muslimin.

Die vierte Komponente des humanistischen Islam hat mit einem Kernthema zu tun, das, wenn es ernsthaft angegangen wird, meiner Ansicht nach die Zukunft der arabischen Welt ändern könnte: die Geschlechterfrage im Islam. Aus gutem Grund will ich hier betonen, dass eine Frau ein Mensch ist.

Sie ist vor Gott genauso ein Mensch wie ein Mann es ist und sollte ihm daher auch vor dem Gesetz gleichgestellt sein. Denn oft behauptet die strenggläubige Interpretation des Islam zwar, eine Frau sei einem Mann vor Gott gleichgestellt, lässt jedoch die Frage nach der Gleichberechtigung vor dem Gesetz ausser Acht. In der Realität ist eine Frau, dieser Deutung des Islam zufolge, einem Mann in ihren Rechten nicht gleichgestellt - insbesondere im Bereich der Familie.

Vortrag von Elham Manea

Am 26. Mai um 19.30 hält Elham Manea an der Uni Basel auf Einladung der Frauen für den Frieden einen Vortrag mit dem Titel: „Gibt es eine Zukunft für einen humanistischen Islam?“

Feministische Theologinnen legen die Bibel neu aus. Es ist ihnen gelungen, sich ein gewisses Gehör zu verschaffen. Werden Frauen, die den Koran mit der Genderperspektive auslegen – wie z.B. das Forum für einen fortschrittlichen Islam³ – ebenfalls gehört werden?

Noch nicht. Aber es ist ein Prozess. Was wir machen, und was das Forum für einen fortschrittlichen Islam macht, sollte als langfristiges Projekt betrachtet werden. Es geht hier um eine religiöse und soziale Reformation. Das geschieht nicht über Nacht; dazu braucht es viel Kraft, Überzeugung, Arbeit, und den Mut, den Angriffen und der Dämonisierung von Gruppen zu widerstehen, die vehement gegen solche Reformation sind.

Welche Reaktionen hat Ihr Buch in muslimischen Ländern ausgelöst?

Das Buch basiert auf einer Reihe von arabisch verfassten Artikeln unter dem Titel: „Tagebuch einer arabischen Frau“. Am Anfang waren die Reaktionen sehr heftig, und nicht selten unter der Gürtellinie. Mit der Zeit aber hat sich das geändert. Ich werde immer wieder für Interviews in Fernsehsendungen und Zeitungen eingeladen. Ich denke, dass doch einige in den arabischen Ländern erkannt haben, dass es einen Bedarf für eine humanistische Botschaft gibt.

Wie deuten Sie, dass sich linke Parteien und Gruppierungen, die für sich ja beanspruchen, besonders systemkritisch zu sein, derart schwer tun mit dem eigenen kritischen Blick auf den Islam bzw. dessen religiöse Eiferer?

Fortsetzung nächste Seite

Vielleicht ist die Annahme des Minarett-Verbots auch eine Chance. Die Abstimmung hat die Ängste kristallisiert, die in der Gesellschaft weit verbreitet sind.

Atomstrom hinter uns lassen

jgb

Das junge grüne Bündnis (jgb) setzt einen Schwerpunkt auf die Energiepolitik, konkret auf die Verhinderung neuer Atomkraftwerke. Mit einer Aktionsreihe und verschiedenen Informationsveranstaltungen rund ums Thema AKW und erneuerbare Energien wollen wir unseren Teil dazu beitragen, dass bei einer allfälligen Abstimmung (frühestens 2013) neue AKWs abgelehnt werden.

Zum Start zeigte das jgb am Dreikönigstag im Neuen Kino den Film „Uranium – is it a country?“. In schockierenden Bildern zeigt dieser Film einer jungen deutschen Filmgruppe die oft vergessenen Nebeneffekte des Uranabbaus in Australien. So hinterlässt der Uranabbau z.B. riesige Felder mit strahlendem Schlamm und verschlingt jeden Tag gigantische Wassermengen. Nach dem fast einstündigen Film diskutierten die knapp 40 Anwesenden mit Jürg Stöcklin in angeregter Atmosphäre über die politischen Konsequenzen des Films und mögliche Wege zur Verhinderung neuer Atomkraftwerke. Dabei zeigte sich Jürg zuversichtlich. Nicht einmal mehr die Atomlobby bestreite heute, dass die AKWs keine Zukunft mehr hätten; dass selbst die AKW-Betreiber ihre Kraftwerke nurmehr als Übergangslösung sähen, sei ein erster Erfolg.

Die spannende Diskussion wurde vom Besuch der drei Könige abgerundet, diese brachten statt Myrrhe, Weihrauch und Gold zwei Königskuchen, sowie ein grosses, schweres Buch. Dieses Buch markierte gleichzeitig den Start der Aktionsreihe und wird uns künftig bei allen Aktionen begleiten. Im Buch sammeln wir Fingerabdrücke als Verpflichtung, sich gegen neue AKWs zu wehren. Die erste Seite haben wir im Januar bereits gefüllt.

Unsere allererste Aktion zum Thema fand aber aus aktuellem Anlass noch ohne Buch und vor dem offiziellen Start statt. Die Baselbieter Regierung hatte im November bekannt gegeben, sie sähe –im Gegensatz zu Basel-Stadt – kein Problem in der revidierten Notfallschutzverordnung des

Bundes. Diese definiert die Gefahrenzone um ein AKW als einen absurden Kreis mit Radius 20 Kilometer. Das hat z.B. zur Folge, dass die Einwohner von Lausen offiziell bedroht sind und Jodtabletten nach Hause erhalten, die Einwohner von Liestal hingegen nicht. Das jgb protestierte, indem wir an die Liestalerinnen und Liestaler Jodtabletten-Imitate verteilten, betonten dabei jedoch, dass der beste Schutz der Verzicht auf neue AKWs sei. Die gelungene Aktion brachte uns einen ganzseitigen Artikel in der BZ ein.

Unsere nächste Aktion findet am Mittwoch, 28. April um 19 Uhr im Palazzo in Liestal statt. Unser Thema: Vision einer Schweiz, Energieversorgung der Zukunft – ohne Atomstrom. Nach einem informativen Film dürfen wir unsern Gast Christoph Seiberth (Geschäftsführer des Ökozentrums Langenbruck) begrüßen. Mit ihm werden wir uns über die Alternativen zu AKW, Stromlücke und co. unterhalten.

Mehr Infos gibt es bald auf unserer Website: jungesgrünesbündnis.ch.

Ramon Glatz (Vorstandmitglied jgb)



Der neu gewählte Vorstand des jgb. Hinten von links nach rechts: Basil Schmid, Benjamin van Vulpen, Mirjam Ballmer, Fabio Gassmann, Ramon Glatz. Vorne von links nach rechts: Laura Schwab, Lena Signer, Anina Ineichen. Abwesend: Franca Mader, Andra Amstad, Catherine Zemp

Islam und Menschenrechte (Fortsetzung)

Ich bin enttäuscht. Ja, sehr enttäuscht sogar. Gleichberechtigung und Menschenrechte sind doch seit Jahrzehnten Kernanliegen der linken Parteien und Gruppierungen. Gleichzeitig aber weigern sich noch immer sehr viele von ihnen, sich kritisch mit dem Islam auseinanderzusetzen - und verraten so ihre ureigenen Ideale im Namen eines zutiefst problematischen Kulturrelativismus. Damit ist die Linke nicht nur unglaubwürdig. Sie giesst auch Wasser auf die Mühlen der Islamisten, die ihre helle Freude daran haben.

Eine weitere Erklärung dafür, für die ich in meinen Diskussionen immer wieder eine Bestätigung finde, ist, dass sie sich bei dieser Frage partout von den Rechts- und bürgerlichen Parteien abgrenzen wollen. Sei es aus einem ideologischen Reflex heraus oder weil sie die Polemik der SVP nicht akzeptieren können.

Wie weiter nach Annahme des Minarett-Verbots? Wie können wir konkret zur Unterstützung muslimischer Frauen und Mädchen beitragen? Wo sehen Sie Stolpersteine?

Vielleicht ist die Annahme des Minarett-Verbots auch eine Chance. Die Abstimmung hat die Ängste kristallisiert, die in

der Gesellschaft weit verbreitet sind. Es ist die Zeit, dass wir diese Ängste mit Fakten und sachlicher Diskussion angehen und für die Probleme (Zwangshe, politischer Islam, etc.) auch Lösungen vorschlagen. Konkrete Unterstützung muslimischer Frauen und Mädchen heisst, die Regeln der Gleichberechtigung konsequent in den Schulen und im Alltag durchzusetzen.

Liebe Frau Manea, herzlichen Dank für die Beantwortung unserer Fragen.

¹ Elham Manea, Verlag Herder, Freiburg i.B. 2009

² www.charta-frauenrechte.ch/de/index.html

³ www.forum-islam.ch/

Westsahara - vom Rest der Welt weitgehend vergessen

Internationale Solidarität

Brigitta Gerber und Michel Steiner machten im Auftrag von terre des hommes schweiz einen Projektbesuch in der Westsahara bei den Shagrauis. Michel schildert im Folgenden seine Eindrücke.



Während draussen die Menschen in bunten Gewändern, mehr aus klimatischen denn religiösen Gründen meist restlos verhüllt, zu Fuss oder mit dem Geländewagen sich durch die

stauberfüllte Luft dem 17. nationalen Kulturfestival nähern, ist drinnen beim Kongress der UJSARIO¹ die Rednerliste inklusive Video-Grussbotschaft von Hugo „alopresidente“ Chavez und revolutionsrhetorikerproben Solidaritätsgruppierungen aus Kuba so lang, dass auch spätnachts die Organisationen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit (also auch terre des hommes schweiz) nicht mehr zu Wort kommen.

Überhaupt: internationale Solidarität und Hilfeleistung, wohin das Auge blickt. Die gesamten Nahrungsmittel in den vier Flüchtlingslagern in der südwestalgerischen Sahara, wo ca. 150'000 Menschen und damit ein beträchtlicher Teil der Shagrauis seit dem Rückzug der spanischen Kolonisatoren aus der Westsahara und der darauffolgenden Besetzung durch Marokko Mitte der Siebzigerjahre wohnt, liefert das UNHCR. Eine mittlerweile milliarden-schwere UNO-Mission versucht seit bald 20 Jahren vergeblich, ein Referendum zum Unabhängigkeitsstatus durchzuführen. Die Wassertanklastwagen kommen aus dem Baskenland, die Busse aus Katalanien. Viele Kinder können die unerträglichen Sommermonate mit Temperaturen von 55 und mehr Grad bei spanischen Gastfamilien überbrücken. Weitergehendes Studium

gibt's u.a. auf Kuba. Und ganz nebenbei sei erwähnt, dass natürlich auch die schätzungsweise 5 Millionen Minen, mit denen Marokko die 2500 km lange, von zehntausenden Soldaten bestückte „Mauer der Schande“ verstärkt hat, aus aller Herren Länder stammen. Ob auch Schweizer Fabrikate darunter sind, ist unklar. Und anerkannt wird die RASD (República Árabe Saharaui Democrática) nur von den meisten afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten, nicht aber – und das ist entscheidend – von der EU, den USA und auch nicht von der Schweiz.

Seit 35 Jahren in einem Teil der Welt, von dem sie sagen, kein Lebewesen halte sich hier freiwillig auf, vom Rest der Welt weitgehend vergessen. Davon ist allerdings aktuell nicht viel spürbar. Der 32-tägige Hungerstreik auf dem Flughafen von Lanzarote, mit dem Aminatou Haidar, die auch „Gandhi der Westsahara“ genannt wird, ihre Rückkehr in ihre Heimatstadt Al Ayoun in den besetzten Gebieten erzwingt, bewirkt auch die Rückkehr des Konfliktes ins internationale Bewusstsein und zwingt u.a. die spanische und französische Regierung, die EU (welche notabene mit Marokko Fischereiabkommen für die höchst ergiebige Atlantikküste Westsaharas hat) und auch Hillary Clinton zu – wenn auch halbherzigen – Interventionen. Nun steht angeblich das Thema Autonomiestatus 2010 ganz weit oben auf der UNO-Traktandenliste; wieder einmal.

Diese vage Perspektive ist es denn auch, die den Einsatz der MitarbeiterInnen der UJSARIO antreibt, welche im Flüchtlingslager Smara in allen sieben Stadtteilen Jugendzentren betreiben. Dort geht es nicht nur um klassische offene Jugendarbeit – auch wenn die obligaten Pingpongische und Töggelikasten nicht fehlen. Schliesslich sind ein Arbeitsmarkt, eine lokale Ökonomie hier voll-



Foto: Michel Steiner

Solidaritätskundgebungen für Aminatou Haidar.

kommen inexistent und ein wenig Tagesstruktur deshalb willkommen. Mit Bildungsangeboten v.a. in den Bereichen Sprache und EDV, aber auch mit dem Erleben demokratischer Strukturen und Abläufe durch die Einbindung der Zentren in eine bestehende politische Organisation, will man die jungen Leute dazu befähigen, in ein paar Jahren massgeblich am Wiederaufbau eines autonomen Staatsgebildes mitzuwirken. Auffällig ist, dass auch hier, wie in den Lagern generell, die jungen Frauen überwiegen – wie zum Beispiel die 18-jährige Aiyla, die ihre erworbenen Computerkenntnisse einerseits möglichst vielen Peers weitervermitteln möchte, sie andererseits aber auch gleich selber in der Informationsabteilung der UJSARIO umsetzt.

Die jungen Männer sind vielleicht in Spanien, wo sie studieren oder auf den Gemüseplantagen die Mitgift abverdienen. Einige dienen der wahrscheinlich wenig schlagkräftigen Armee. Und viele scheinen sich in einem depressiven Stillstand zu befinden, obwohl ein Chirurg im Spital des Nachbarlagers äussert, psychische Probleme (also „locos“) gebe es hier keine.

So bleibt der Eindruck, dass die shagrauischen Frauen nicht nur für das Zubereiten der traditionellen dreiteiligen Teezeremonie (der erste bitter wie das Leben, der zweite süss wie die Liebe, der dritte dauerhaft wie der Tod) zuständig sind, sondern auch das Verkörpern, was gross als Parole an der Wand eines Frauenzentrums steht: „sin las mujeres la democracia no existe!“

Michel Steiner



Solidaritätskundgebungen für Aminatou Haidar (Foto: Markus Büttler)

¹ UJSARIO ist die Jugendorganisation der POLISARIO, der politischen Vertretung der Shagrauis in der Westsahara.

Neuigkeiten in der Unterstützung von Sans-Papiers in der Region Basel

Die meisten Sans-Papiers sind in Wahrheit «Arbeiter/-innen ohne geregelten Aufenthalt». Sie putzen, hüten Kinder, arbeiten auf der Baustelle, im Restaurant oder bei Bauern, ca. 5'000 – 10'000 Personen allein in der Region Basel. Viele von ihnen leben seit Jahren oder Jahrzehnten unter uns.

Wegen ihrer dauernden Angst, entdeckt und ausgeschafft zu werden, arbeiten viele Sans-Papiers z.T. zu Dumpinglöhnen und zahlen übrissene Mieten. Doch auch für illegal Anwesende gelten die Menschenrechte. Z.B. das Recht auf Bildung und auf Gesundheitsversorgung. Die Anlaufstelle berät sie zu Aufenthaltsstatus, Legalisierung, Probleme mit der Polizei, Arbeitsrecht, Ausbeutung am Arbeitsplatz, Situation von Kindern und Jugendlichen, Deutschkurse, Freizeit etc.. Die Anlaufstelle lanciert und beteiligt sich auch an politischen Kampagnen.

Pierre-Alain Niklaus, der die Anlaufstelle für Sans-Papiers 2002 aufgebaut und seither geleitet hat, bricht zu neuen berufli-

chen Horizonten auf. Seit Januar 2010 hat Mirjam Ringenbach die Leitung der Anlaufstelle übernommen. Verstärkung erfährt die Unterstützung der Sans-Papiers durch das Engagement von HEKS (Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz). Im November 2009 startete das HEKS die „Gesundheitsberatung für Sans-Papiers“. Sie arbeitet eng mit der Anlaufstelle für Sans-Papiers zusammen und übernimmt den Bereich Gesundheitsberatung (Begleitung beim Abschiessen einer Krankenkasse und Vermittlung an medizinisches Fachpersonal). Die Büros der beiden Stellen befinden sich nebeneinander im Gewerkschaftshaus und haben auch parallele Öffnungszeiten.



Neues Gesicht in der Leitung der Anlaufstelle:
Mirjam Ringenbach

Fragen an Pierre-Alain Niklaus

Karin Haerberli, Vorstandsmitglied der Anlaufstelle für Sans-Papiers, wollte von Pierre-Alain wissen, welche Eindrücke er von seiner Zeit als Leiter der Anlaufstelle mitnimmt.

Lieber Pierre-Alain, an welche Ereignisse der vergangenen Jahre als Leiter der Anlaufstelle wirst du dich mit besonderer Freude erinnern?

2005 wurde ich von folgender Baslerstab-Schlagzeile überrascht: „Basler Skandal als Musical-Thema.“ Ein Jahr zuvor waren die beiden minderjährigen ecuadorianischen Schwestern Katherine und Jazmin ausgeschafft worden. Die Ausschaffung war eine ganz schlimme Erfahrung, sehr positiv war hingegen die Mobilisierung innerhalb breiter Bevölkerungskreise. Dass zwei Maturandinnen in der Folge als Matura-Arbeit ein Musical dazu machten, fand ich grossartig. In den letzten Jahren ist es immer wieder gelungen, verschiedene Familien und Einzelpersonen zu regularisieren. Ohne diese Erfolge würde man schier verzweifeln! Vor allem in den ersten Jahren mussten wir immer wieder hartnäckig kämpfen, bis wir den Kanton Basel-Stadt dazu gebracht hatten, ein Härtefallgesuch ans Bundesamt für Migration (BFM) zu stellen. Als sich die Situation dann kantonale endlich zu verbessern begann, kamen im Bundesamt für Migration mit Blocher noch weniger Gesuche durch als bisher. In Anbetracht dieser widrigen Umstände erfüllt mich jede erstrittene Be-



Pierre-Alain Niklaus in Aktion

willigung, welche den Betroffenen den Weg in ein normales Leben ebnete, mit grosser Befriedigung.

2001 gab es viele Sans-Papiers-Kollektive in der ganzen Schweiz. Heute sind nur noch wenige Initiativen von unten übrig geblieben. Dass sich in Basel nach wie vor Sans-Papiers und Unterstützerinnen regelmässig treffen, gemeinsam Ideen austauschen und Projekte wie z.B. die „Ausschaffungsversicherung“ oder das Patenschaftsprojekt entwickeln, finde ich sehr positiv.

Die nationale Kampagne „Kein Kind ist illegal“^[1], die deiner Initiative zu verdanken ist, haben sehr viele Personen unterzeichnet, auch mehrere unserer RegierungsrätInnen. Welche der Forderungen haben Chancen, realisiert zu werden?

Die besten Chancen hat die Forderung, dass Lehrstellen auch für Jugendliche ohne geregelten Aufenthalt zugänglich werden sollten. Diese Forderung stösst selbst in Teilen des bürgerlichen Lagers auf Verständnis. Zwei Motionen (Luc Barthassat CVP, Christian van Singer Grüne) sind im Nationalrat hängig. Sie kommen voraussichtlich in der Sommersession zur Abstimmung.

Was möchtest du deiner Nachfolgerin, Mirjam Ringenbach, besonders ans Herz legen?

Ich hoffe einfach, dass es ihr gemeinsam mit dem Vorstand, befreundeten Organisationen und den Betroffenen gelingen wird, wieder mehr politischen Druck zu Gunsten der Sans-Papiers zu erzeugen. Die Vergangenheit hat leider gezeigt, dass mittels parlamentarischer Vorstösse im Ausländer- und Asylbereich nur sehr wenig Fortschritte zu erzielen sind.

Lieber Pierre-Alain, wir danken dir ganz herzlich für dein bisheriges Engagement und wünschen dir privat und beruflich nur das Allerbeste!

^[1] www.sans-papiers.ch/site/index.php?id=180

Öffnungszeiten Anlaufstelle und HEKS-Gesundheitsberatung:

Persönliche Beratung ohne Voranmeldung
Dienstag 14 - 18 Uhr
Donnerstag 16 - 20 Uhr

Telefonische Auskünfte
Dienstag 11 - 12 Uhr
Donnerstag 15 - 16 Uhr

Lehrstellen für Sans-Papiers

FrAktion

In der Februarsitzung überwies der Grosse Rat einen Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Zugang zu Lehrstellen für Sans-Papiers an die Regierung, diese wird nun einen Bericht zu diesem Anliegen verfassen.

Anlass für diesen Antrag war das Problem, dass Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsbewilligung zwar die Volksschule besuchen, aber keine Lehrstelle antreten dürfen. Die Bundesverfassung und die Kinderrechtskonvention garantieren das Recht auf Bildung, doch Lehrbetriebe erhalten keine Arbeitsbewilligung. Trotz intensiven Bemühungen konnte auf kantonaler Ebene keine Lösung für dieses Problem gefunden werden, weshalb das Mittel der Standesinitiative gewählt wurde, die das Ziel der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage auf nationaler Ebene verfolgt.

Die Gegner argumentierten unter anderem mit der Gefahr, dass ein solcher Vorstoss die Aufmerksamkeit der Bundesbehörden auf die relativ liberale Praxis im Kanton Basel-Stadt lenken und deshalb kontraproduktiv sein könnte. Dazu kann erwidert werden, dass in den letzten Monaten in mehreren Kantonen Vorstösse mit ähnlichem Inhalt eingereicht wurden. So hat zum Beispiel der Grand Conseil des Kantons Waadt im November ebenfalls einen Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative überwiesen, und auch in den Stadtparlamenten von Bern und Zürich, sowie in den Kantonen Jura, Luzern, Neuchatel,

Solothurn und Wallis sind Vorstösse geplant oder wurden schon eingereicht. Auch im Nachbarkanton Baselland wurde im Januar eine Interpellation zu diesem Thema eingereicht.

Der Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative wurde mit 50 gegen 40 Stimmen überwiesen. Es bleibt zu hoffen, dass die Regierung bei ihrem Bericht dazu ein wenig Mut beweist, denn der Druck der einzelnen Kantone ist sehr wichtig, um beim Bund eine Änderung der harten Gangart gegenüber Sans-Papiers im Allgemeinen zu erreichen.

Heidi Mück



Ich interessiere mich für BastA!
Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA!
hören und bestelle den detaillierten
Versand (Unkostenbeitrag Fr. 30.-
pro Jahr)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

Frauenpower

Marche mondiale des femmes 2010: Her mit dem schönen Leben - her mit der Gleichstellung!

Nationale Frauendemo in Bern
Samstag, 13. März 2010

Besammlung: 13h30 Schützenmatte
Schlusskundgebung auf dem Bundesplatz
Frauenfest in der Reithalle

Lohngleichheit jetzt - die Frauen zahlen die Krise nicht! Nein zur Erhöhung des Frauenrentenalters! Mehr Geld für Krippenplätze und Altenpflege! Nein zum Abbau bei der Arbeitslosenversicherung! Tragt farbenfrohe Kleider und Schals und bringt lärmige Alltagsgegenstände mit (Töpfe, Rasseln etc.).

Solidarische Männer sind willkommen.

Impressum: Nr. 1/Februar 2010. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Patrizia Bernasconi, Karin Haerberli, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel